

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Wer die Entwicklung der Weltlage in dem Zeitraum seit den letzten Novembertagen des Jahres 1950, also in den letzten drei Monaten betrachtet, der mag in mancher Beziehung zu einigermaßen beruhigenden Schlüssen kommen. Der aufmerksame Beobachter möge sich nur einmal daran erinnern, was nach der chinesischen Intervention in Korea alles geschrieben und prophezeit wurde und nun damit die heutige Lage vergleichen. Wir sind überzeugt, daß manch' einer sich jetzt darüber ärgert, wie schnell und wie gründlich er ein Opfer all' der bedenklichen Spekulationen geworden ist, welche im Zuge des Eingreifens der chinesischen Freiwilligen in Korea gesponnen wurden. Auch von diesem sicher umwälzenden Ereignis auf dem Schauplatz der fernöstlichen Auseinandersetzung kann heute gesagt werden, daß nicht eine einzige der düsteren Prophezeiungen eingetroffen ist, die es begleitete. Daß das Eingreifen der chinesischen Armeen anfänglich den Interventionstruppen der Vereinigten Nationen erhebliche Opfer kostete, war wohl nicht zu vermeiden, wie sich denn in diesem Krieg genau wie im zweiten Weltkrieg die Tatsache erweist, daß zuvorderst die Amerikaner, bei denen ja die Führung und die Hauptverantwortung liegt, immer erst ein nicht unbeträchtliches Lehrgeld zahlen müssen, ehe sie sich an die entsprechende Situation angepaßt haben. Inzwischen nun hat sich diese amerikanische Führung, die trotz allem in mancher Beziehung zu Unrecht kritisiert wurde, sicher eine sehr zweckmäßige Taktik zurecht gelegt, welche in einer massiven Abnützung des Gegners besteht. Ganz allgemein bestätigt sich der Eindruck, daß auch diese chinesische Intervention, wie der koreanische Feldzug vorher, für den Westen positiv ausgehen wird, weil eben die russische Politik zwar jederzeit geneigt ist, alle möglichen Aggressionen zu lancieren oder zu unterstützen, aber keineswegs bereit ist, das Risiko einer wirklichen Ausweitung solcher Konflikte auf sich zu nehmen. Auch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses retardierende Argument sich in den letzten drei Monaten noch ganz erheblich verstärkt hat, weil die amerikanische Rüstung in dieser Periode schon wieder ein beträchtliches Stück weiter gekommen ist, — ganz abgesehen von der inzwischen positiv eingesetzten Mission General Eisenhowers im Rahmen der atlantischen Verteidigung. Nun aber die Vereinigten Staaten, wie man weiß, entschlossen sind, diese ihre eigene Rüstung und die Verteidigungsorganisation der Mächte des Atlantikpakts fortzusetzen, rückt zweifellos jeder Tag, der zu Ende geht, die Gefahr des dritten Weltkrieges wieder ein Stück zurück, — wenigstens vorerst. Was indessen, wenn die jetzige Entwicklung weiterläuft, in zwei Jahren geschehen mag, steht auf einem andern Blatt. Gerade diese Überlegung aber mag dazu führen, daß die Freunde des Friedens auf der Welt ihre Anstrengungen jetzt schon darauf zu richten beginnen, daß wir

nicht in zwei Jahren dann doch vor jenem Unwiderruflichen der Lage stehen, auf dessen Vermeidung die ganzen Anstrengungen unserer Tage gerichtet sind. Denn wenn an einem bestimmten Tage die Rüstung des gesamten Westens, besonders aber die Rüstung der Vereinigten Staaten, jenen Höhepunkt erreicht haben wird, der in Friedenszeiten nicht zu überschreiten ist, dann werden wir vor einer Lage stehen, die vielleicht bedeutend ernster ist als alles was wir in der jetzigen Periode erleben, die wir — zu Unrecht — für so gefährlich halten. Es mag sich erübrigen, auf die einzelnen Aspekte dieser beunruhigenden Perspektiven der Zukunft im einzelnen einzutreten. Nicht zuletzt sind sie wirtschaftlicher Natur: die intensive Steigerung der Rüstungskonjunktur schließt die Gefahr des Zusammenbruchs in sich, und damit eben auch die Gefahr, diesem Zusammenbruch durch eine dramatische Lösung auszuweichen. Man wird deshalb hoffen, daß der Weg der Verhandlungen, der nach wie vor offen steht, rechtzeitig und unbekümmert um alle Schwierigkeiten beschritten wird. Denn so sehr die Rüstung des Westens heute notwendig ist, um die weltpolitische Lage zu stabilisieren, so unumgänglich ist der Weg der Verhandlungen, wenn es gelingen soll, die Lage wirklich zu bereinigen. Es ist die große Hoffnung der Zukunft, daß bedeutende Kräfte am Werk sind, diese Lösung des Friedens zu erzwingen. Wenn gleichzeitig darauf Bedacht genommen wird, die soziale und wirtschaftliche Aufrichtung des europäischen Westens ebenso intensiv durchzuführen wie die Rüstung, dann vermögen wir auch die weitere Zukunft unter positiven Zeichen zu erkennen.

Jann v. Sprecher

Brief aus Paris

Ausländische Beobachter fragen sich manchmal, ob Frankreich mehr als andere Länder einer kommunistischen Ansteckung ausgesetzt ist, und ob die Kominform ihm nicht bei ihren Plänen einer weltweiten Ausdehnung eine besondere Rolle vorbehält. Wenn man nach gewissen äußeren Anzeichen urteilt, könnte man versucht sein, beides zu glauben; aber der äußere Schein trügt, und seit mehreren Monaten ist die

kommunistische Partei

selbst von einer schweren inneren Krise erfaßt. Ebenso wie in Italien sind auch die zahlreichen Ausschlüsse, die sich im Laufe der letzten Monate bei den französischen Kampfgruppen ereigneten, ein Zeichen für den Umfang der Krise, in der sich der Kommunismus befindet.

Es scheint wirklich, als sei die Kominform von der Tätigkeit der französischen Kommunisten nicht befriedigt. Die seltsamen Umstände, unter denen Maurice Thorez abgereist ist, um sich in Moskau der Wiederherstellung seiner Gesundheit zu widmen, haben im Schoß der Partei Unbehagen ausgelöst. Dem an die Stelle von Thorez getretenen Triumvirat Frachon-Guyot-Lecoeur ist es nicht gelungen, dieses Unbehagen zu zerstreuen. Vor allem fand auch die Ernennung Lecoeurs nicht den gefühlsmäßigen Widerhall bei den Arbeitermassen, auf den man eigentlich gezählt hatte. Kurz, die durch die Abreise von Thorez ihres geliebten Totems beraubte Partei ist nun eine Beute politischer Verirrungen, die man beunruhigend findet.

Der «titoistische» Schiismus, der bereits viele Köpfe verwirrt hatte, scheint die Partei nun sogar bis ins tiefste Innere der C.G.T. erfaßt zu haben. Dieser Gefahr sind die Verantwortlichen durch eine strenge, die ganzen Bestände umfassende Reinigung entgegengetreten. Die Angeschuldigten wurden nicht nur wegen irgend eines begangenen Fehlers bestraft, sondern auch wegen ihrer heutigen allgemeinen Haltung, die morgen zu einer fatalen Entwicklung, zu einem strafbaren Abweichen vom rechten Wege, zu einem von dem unbeugsamen Dogma Stalins verurteilten Verbrechen gegen die Parteidoktrin führen könnte.

Es war vorauszusehen, daß die gegen General Eisenhower vorbereiteten Kundgebungen mit einem vollkommenen Fiasko enden würden. Der Partei ist es nicht gelungen, ihre Stoßtruppen gegen den amerikanischen General aufzuwiegeln. Neben einem gewaltigen Polizeiaufgebot hat der gesunde Menschenverstand der Franzosen über die Agenten der Kominform gesiegt, die dieses Mal nicht auf ihre Rechnung kamen — ein Beweis, daß die Regierung ihre Macht, wenn es sein muß, schnell und wirkungsvoll durchzusetzen versteht. Ohne Furcht, sich dabei zu täuschen, kann man sagen, daß die Vorbereitungen zu der Besprechung Pleven-Truman diese gesunde Selbstbesinnung begünstigt haben, denn die französische Regierung konnte keinerlei feindselige Kundgebungen dulden, die gegen den von der kommunistischen Presse als «blutiger Mac Arthur des Westens» bezeichneten künftigen Befehlshaber der europäischen Armee gerichtet waren.

Auch eine andere von der Regierung ergriffene innerpolitische Maßnahme wird nicht verfehlten, sich günstig auszuwirken. Es handelt sich um einen Erlaß, der die Auflösung verschiedener mächtiger internationaler Organisationen zu Folge hat, zum Beispiel diejenige der «Fédération mondiale des Syndicats», deren Präsident bis jetzt der Stadtrat Saillant war. Wenn man überlegt, daß dieser im Jahr 1944 an der Spitze des berühmten nationalen Komitees der Widerstandsbewegung stand, dann kann man sich nur zu dem inzwischen zurückgelegten Weg beglückwünschen. Dieser Wechsel in der Gunst Fortunas, der eine bekannte Persönlichkeit trifft, legt Zeugnis von einer höchst bedeutungsvollen Entwicklung der französischen Innenpolitik ab.

Plevens Reise nach den Vereinigten Staaten kann soweit als ein Erfolg gebucht werden, als es dem Ministerpräsidenten gelungen ist, die Wolken zu zerstreuen, welche die französisch-amerikanischen Beziehungen bedrohten. Der Wechsel in der Haltung der Vereinigten Staaten in bezug auf eine

deutsche Wiederaufrüstung

wird sich bei der kommenden Viererkonferenz auf die Stellung Frankreichs günstig auswirken. Anderseits hat die Besserung der militärischen Lage in Indochina — sie ist der kraftvollen Initiative General de Lettres zu verdanken — auch die Stellung des Ministerpräsidenten gefestigt, obgleich dieser sich einer recht verworrenen politischen Lage gegenüber sieht, die durch die Spaltungen und byzantinischen Manöver der Parteien noch schwieriger wird.

In den nächsten Wochen wird sich der Kampf auf dem Gebiet der sozialen Forderungen abspielen, unter der Drohung eines durch die C.G.T. angezettelten Streiks. Das dornenreiche Problem der Löhne und Preise stellt sich von neuem, und es wäre allzu optimistisch, zu denken, der kalte Krieg werde daraus keinen Nutzen ziehen.

Die fünfte Kolonne

ist nicht entwaffnet und fährt unermüdlich — einmal vorstoßend, dann wieder zurückweichend — in ihrer Tätigkeit fort. Ein sich schwer auswirkendes, schon recht lange zurückliegendes Ereignis hat ihr leider für diese Betriebsamkeit große Mittel

in die Hand gegeben. Man darf nie vergessen, daß die IV. Republik 1945 durch die Verbindung mit den Kommunisten entstanden ist, und daß diese Verbindung sie in ihrer jetzigen, sehr wenig demokratischen Gestalt erst ermöglicht hat. Man verdankt ihr die Einführung einer Regierungsform, die im Widerspruch zu bestehenden freiheitlichen parlamentarischen Gesetzen eine souveräne Diktatur der Parteien gutheißt. Das Ergebnis ist, daß bei diesem Spiel der Verwaltungsapparat stark gelitten hat, und daß die Kommunisten dies benutzt haben, um sich einiger Schlüsselstellungen zu bemächtigen, die sie für sich selbst oder für Mittelpersonen offen halten konnten. Man mag gegen die Agenten der Kominform noch so schöne Reden halten: die Agenten der Kominform bleiben nichtsdestoweniger gleich mächtig in den großen Staatsbetrieben. Kürzlich zeigte sich der «Figaro» darüber erstaunt, daß auf dem Flugplatz Orly wenigstens die Hälfte des Personals der kommunistischen Partei angehört. Diese Erbschaft aus dem Jahr 1944 scheint uns im Gegenteil nichts Unlogisches zu haben. Uns erstaunt die tugendhafte Entrüstung dieser großen Morgenzeitung viel mehr. Es ist noch gar nicht so lange her, daß ein hervorragender Zeitungsfachmann in den Kolonnen des gleichen Blattes gegen den Anti-Kommunismus als eine Hitlersche Anmaßung wetterte... Wenn es nicht so viele verborgene Bindungen zwischen der Mehrheit und dem Kommunismus gäbe, würde das gesunde und ehrliche Frankreich sich dann nicht instinktiv gegen die Manöver der Agenten Moskaus wehren? Als Maurice Thorez nach Moskau flog, war Francisque Gay, Abgeordneter der M.R.P. und ehemaliger Gesandter Frankreichs, einer der ersten, der Thorez bevorstehende Wiederherstellung als ein Ereignis von nationaler Bedeutung feierte. Vor kurzem wurden in Paris durch eine Entscheidung des Innenministers zwei kommunistische Bürgermeister abgesetzt. Sofort bekamen sie Stellen als Beamte der Pariser Kasse der «Sécurité Sociale», die im Verdacht schwerster Unterschlagungen steht. Es ist eben eine Tatsache, daß — heute wie gestern — sich die kommunistische Partei alles zunutze macht, was ihr weitere Fortschritte bei der Eroberung der Macht erlaubt. Das Unglück ist nur, daß sie in Frankreich noch so viele Helfershelfer findet, um sie dabei zu unterstützen.

Gewisse Leute wollen bei der Verteidigung des Atlantiks

Frankreich eine «gemäßigte und mäßigende» Haltung

(Jules Moch) vorbehalten, und man versichert, sie entspräche der Tradition und dem französischen Charakter. Auch Herriot ist dieser Meinung. Sobald er als Präsident wiedergewählt war, sprach er den Wunsch aus, die französische Regierung möge eine Brücke zwischen den beiden großen rivalisierenden Mächtegruppen schlagen. Niemand wird bestreiten, daß geeignete Bemühungen sehr am Platz wären, um den Abgrund, der jetzt den Westen von dem Osten trennt, aufzufüllen. Aber ganz Frankreich gibt sich davon Rechenschaft, daß trotz aller mündlichen Verurteilungen die kommunistische Walze weiter vordringt und unerbittlich ihr revolutionäres Werk fortsetzt. Hat das Parlament nicht zu Beginn des Jahres durch Abstimmung ein Pressegesetz angenommen, das die nach der Befreiung erfolgten ungerechten Beraubungen gutheißt? Hat es nicht gleichzeitig auch ein Gesetz über Verpachtungen angenommen, das einen direkten Angriff auf das Privateigentum darstellt?

Solange man aus der Freiheit, die heute nur ein Thema für Redner ist, nicht etwas anderes macht, — solange der Staat nicht öffentlich antimarxistische volkswirtschaftliche Richtlinien bekannt gibt, — solange man die Jugend nicht eine rationelle, von Hegelschen Einflüssen freie Philosophie lehrt, — solange wird sich nichts ändern. Wir erörtern Ideen, aber es handelt sich jetzt in erster Linie um die Taktik. Wie oft sind wir nicht den Kommunisten in die Falle gegangen? Was sie sagen ist immer gleichgerichtet. Augenblicklich erheben sie ein großes Geschrei,

weil davon die Rede ist, Deutschland bei der Verteidigung Europas zuzulassen. Aber man ist sehr verblüfft, festzustellen, daß zu gleicher Zeit die Kommunisten Ostdeutschlands sich mit der Sowjetunion über die Basis einer deutsch-russischen militärischen Zusammenarbeit verständigen!

Grotewohl, der Führer der S.E.D., schrieb in Berlin am 4. August letzten Jahres in der Zeitung der Kominform folgendes:

«Kein deutscher Patriot, der bereit ist, sich für die gerechten nationalen Interessen zu erklären, darf von der Bewegung der nationalen Front des demokratischen Deutschlands ausgeschlossen werden. Das gilt ebensosehr für die Beamten, Soldaten, Offiziere und Generäle der früheren deutschen Wehrmacht, wie für Unternehmer, Kaufleute und ehemalige Mitglieder der nationalsozialistischen Partei. Die Stellung jedes Deutschen in diesem großen Kampf für die nationale Befreiung ist das entscheidende Kriterium, und nicht seine frühere Zugehörigkeit zu dieser oder jener Organisation».

Die Methode ist zum allerwenigsten kühn, wenn sie vielleicht auch nicht ohne Risiko ist. Aber warum soll das gleiche, was hier gut ist, dort schlecht sein? Darin liegt das ganze Geheimnis der

Dialektik Stalins.

Man weiß, daß sie heute in Frankreich bei nicht kommunistischen Denkern und Schriftstellern, die sich für Realisten halten, in Gunst steht. Einige von dieser Kategorie, zum Beispiel Professor Gilson vom Collège de France, treiben die geistige Unabhängigkeit so weit, im Namen des Neutralismus die Verpflichtungen und die Lasten des Atlantikpakts abzulehnen. Gilson hat kürzlich in den Vereinigten Staaten einen Skandal hervorgerufen, als er eine zweideutige Haltung Frankreichs befürwortete, durch die es — wenn man ihn richtig versteht — aller militärischen Anstrengungen zur Verteidigung des Westens enthoben würde. Der Direktor der Wochenzeitschrift «L'Observateur», Claude Bourdet, — der zwar kein Anhänger Stalins sein will, aber gleichzeitig von einem Nationalkommunismus träumt —, greift seinerseits den Vorschlag des neutralistischen Professors auf. Er schreibt: «Zu glauben, daß Rußland die europäische „Neutralität“ achten würde, heißt so viel als zu vergessen, daß der Hauptgrund einer russischen Invasion *defensiver* Art ist, und daß dieser Grund schwer wiegt: Rußland will vor allem vermeiden, daß der Westen zu einer amerikanischen Basis wird, und daß die industrielle und militärische Macht Deutschlands gegen die Sowjetunion mobilisiert werden kann».

Mit anderen Worten: Bourdet behauptet, daß Rußland, sollte es Europa überfallen, sich damit nur verteidigen wolle, und daß wir es seiner Meinung nach praktisch nicht daran hindern könnten. Man möchte dieser Beweisführung gerne diejenige Etienne Fajons, des kommunistischen Abgeordneten, gegenüberstellen, die er 1948 in den «Cahiers du Communisme» entwickelte. Fajon versuchte damals zu erklären, daß die Sowjetunion zu Anfang des letzten Krieges einen Teil Polens nur aus — ebenfalls — rein defensiven Gründen annektiert habe. Er schrieb: «Rußland hatte den sowjetisch-deutschen Pakt dazu benutzt, um seine Grenzen weit gegen den Feind hin zu verschieben und dort zu der ihm passenden Zeit die Ostfront des zweiten Weltkriegs zu errichten». Zwischen diesen beiden Autoren gibt es nur einen Unterschied: der kommunistische Schriftsteller rechtfertigt die Invasion *nachher*, und Bourdet, der Neutralist, rechtfertigt sie *vorher*.

Gegen solche abrupt aufgestellte Behauptungen lehnt sich ein großer Teil der Franzosen auf und wendet sich — wohl oder übel — dem Mann zu, der ihm in seiner Ratlosigkeit als seine letzte Chance erscheint:

General de Gaulle.

In Lille und in Nîmes konnte man über die inneren und äußeren Probleme Frankreichs Worte de Gaulles hören, die geeignet waren, die Aufmerksamkeit wieder auf ihn zurückzulenken. Sowohl Radikale wie Sozialisten fanden seine Äußerungen sehr beachtenswert. Trotzdem der Einfluß seiner Persönlichkeit und seiner Partei infolge gewisser politischer Ungeschicklichkeiten sehr abgenommen hatte, und trotz mancher Kritik an die Adresse seiner Umgebung ist sein augenblicklicher Wiederaufstieg nicht zu bestreiten. Ohne Zweifel kommt bald der Tag, an dem die Wahlergebnisse klar und einfach sprechen und ein ernstes Dilemma bringen. Die Anstrengungen der Kommunisten werden natürlich darauf gerichtet sein, dieses Dilemma heraufzubeschwören und zu ihren Gunsten eine stets mögliche Umbildung der «Troisième Force» herbeizuführen. Ein sozialistisch-kommunistisches Zusammengehen unter dem Deckmantel des Antifaschismus und der Verteidigung der Republik ist nicht ausgeschlossen. Aber es ist zweifelhaft, ob Frankreich in die Falle geht. Das gleiche gilt von seinen angelsächsischen Verbündeten, obgleich diese in der Vergangenheit die Unversöhnlichkeit des Führers der R.P.F. zu fühlen bekamen und sogar sehr harte und abweisende Worte von ihm hören mußten.

Es steht jedoch zu hoffen, daß die Mitglieder des Atlantikpakts es fertig bringen, allen Groll zu vergessen und nur die Möglichkeit einer Wiederaufrichtung Frankreichs im Auge zu behalten. Von ihnen wird es abhängen, ob sie im Gefühl europäischer Solidarität bereit sind, sich hiefür helfend einzusetzen, um damit eine Politik zum Siege zu führen, die den nationalen und internationalen Gegebenheiten Rechnung trägt.

Jean de Saint-Chamant

Brief aus Washington*General Eisenhowers*

erste Besuchstournee in den europäischen Hauptstädten verlief in großer Eile und war, wie man zugeben muß, etwas oberflächlich. Seine Berichte an den Kongress und an das amerikanische Volk waren deshalb zwangsläufig sehr allgemein gehalten. Trotzdem müssen die ersten Schritte auf das Ziel seiner neuesten Mission zu als gewaltiger Erfolg gebucht werden. Diese erste Schlacht war nämlich psychologischer Natur — die psychologische Kunst des Verkäufers —, und er hat sie gewonnen. Es mag bedauerlich sein, daß so viel von der Persönlichkeit eines einzelnen Mannes abhängt, aber es ist eine Tatsache, daß Eisenhower wahrscheinlich der Einzige ist, dessen Prestige in den Vereinigten Staaten und im Ausland für diese Aufgabe genügte.

Die sogenannte «Große Debatte» über die Außenpolitik der Vereinigten Staaten im allgemeinen und die Verteidigung Europas im besonderen begann gleich nach dem Zusammentritt des neuen Kongresses anfangs Januar und sie ist nach Eisenhowers kurzem Heimatbesuch weitergeführt worden. Diese Debatte, die nicht auf die Räume des Kongressgebäudes beschränkt blieb, ist im großen ganzen gesehen von wohltuender Wirkung gewesen. Obwohl die Gegensätze in den Auffassungen gelegentlich in recht scharfen Worten zum Ausdruck kamen, bringt das genaue Studium der Geschehnisse die erfreuliche Tatsache ans Licht, daß trotzdem weitgehende Übereinstimmung herrscht. Sogar der frühere Präsident Hoover, der vor

einigen Wochen einen ausgesprochen isolationistischen Standpunkt einnahm, hat sich in letzter Zeit der Auffassung der Regierung in mancher Hinsicht genähert. Mit Ausnahme einiger Erzkonservativer scheint der Kongreß nun bereit zu sein, einem Programm voller Partnerschaft beim kraftvollen Wiederaufbau der europäischen Verteidigung vorbehaltlos zuzustimmen.

Dies ist durch folgende Faktoren ermöglicht worden:

1. Eisenhowers persönliches und wohldargelegtes Vertrauen in die Erfüllbarkeit seiner Aufgabe.

2. Sehr beruhigende Berichte über die Entschlossenheit, die in verschiedenen europäischen Hauptstädten gezeigt wurde, ganz besonders in Oslo, London und Rom. Auch Ministerpräsident Pleven hat in Washington einen günstigen Eindruck hinterlassen, als er mit großem Ernst versicherte, Frankreich werde voll mitarbeiten.

3. Die Regierung Truman hat zwar nicht die Absicht, sich durch Gesetze binden zu lassen, gibt aber dem Kongreß die nicht formelle Zusicherung, daß die amerikanische Hilfe in einem vernünftigen Verhältnis zu den Leistungen der europäischen Mächte sein werde. Auch die Erklärung General Marshalls, daß nach dem jetzt vorliegenden Plan nur etwa 100 000 Mann zusätzlicher Truppen nach den amerikanischen Garnisonen von Europa transportiert würden, hat sehr beruhigend gewirkt.

Der gewissenhafte Beobachter wird gut tun, noch ein paar andere Beweise der amerikanischen Entschlossenheit festzustellen. Das militärische Hilfsprogramm macht rasche Fortschritte. Mehr als sechs Milliarden Dollars sind bereits für diesen Zweck bereitgestellt worden und Präsident Truman hat weitere siebeneinhalb Milliarden für das Fiskaljahr 1952 verlangt, von denen mehr als die Hälfte für die Ausrüstung bestimmt ist. Gerade jetzt werden wöchentlich mehr als dreißig Schiffe entweder geladen oder sind schon auf dem Wege nach Europa mit militärischen Ausrüstungsgegenständen, von denen die Hauptmasse für Westeuropa bestimmt ist. Wahrscheinlich wird es im Kongreß wieder nicht ohne Feilschen und Markten abgehen bei der Diskussion über die Bereitstellung weiterer Milliarden, aber man darf nicht daran zweifeln, daß dieses Programm weitergeführt werden wird und an Umfang zunimmt.

Auch das Mobilisationsprogramm der Vereinigten Staaten selber macht rasche Fortschritte. Die militärische Produktion ist beträchtlich und nimmt ständig zu. Die für die Zukunft bestimmten detaillierten Angaben werden heute optimistischer beurteilt als noch vor wenigen Wochen. Ein strengeres Rekrutierungsgesetz wird in Kürze verabschiedet werden, und wenigstens dreieinhalb Millionen Mann werden vor Ende dieses Jahres in amerikanischen Uniformen stecken. Die Vereinigten Staaten sind weitergegangen als die meisten europäischen Staaten hinsichtlich der Einberufung von Reserven zum Aktivdienst.

Die Frage der deutschen Wiederbewaffnung,

die im letzten Dezember drohte, jeglichen Fortschritt zunichte zu machen, bildet heute kein Hindernis mehr. In dieser Beziehung hat die amerikanische Politik eine vollständige Schwenkung vorgenommen: Washington hat jetzt kein Interesse mehr, mit den Deutschen zu feilschen, um sie zur Mitarbeit zu bewegen. Überdies genießen die Verbündeten des Nordatlantikpaktes ein Vorzugsrecht in bezug auf Waffenlieferungen, so daß die Deutschen im Laufe des kommenden Jahres nur sehr geringe Waffenhilfe zu erwarten hätten, auch wenn sie sich sogleich entschließen könnten, mit ganzer Kraft mitzuarbeiten. (Es ist dabei interessant festzustellen, daß die Deutschen jetzt auf einmal mehr Interesse für dieses Problem zeigen, da die amerikanischen Angebote lauer geworden sind!)

Ein weiterer Punkt, der zur Diskussion stand — die von Frankreich vorgeschlagene Europäische Armee —, bildet heute kein Hemmnis mehr. Die amerikanische Politik billigt jetzt die Versuche, eine solche Streitmacht ins Leben zu rufen, aber im Sinne einer Ergänzung der Streitkräfte General Eisenhowers und nicht als Ersatz dafür. Diese Lösung darf als befriedigend und realistisch bezeichnet werden.

Der Ausblick in die Zukunft ist deshalb heute viel freundlicher als noch vor drei Monaten, aber man tut gut daran, sich vor allzu großem Optimismus zu hüten. Gewisse Stellen schätzen, daß gegen Ende 1952 eine gewaltige Streitmacht in Westeuropa bereitstehen wird; dagegen sind andere hohe Beamte zurückhaltender in diesem Punkt. Mögen auch die neuesten Entwicklungen genügend Gründe zur Zuversicht enthalten, die kalte Tatsache bleibt trotzdem bestehen, daß in den kommenden zwei, vielleicht auch drei oder vier Jahren ein russischer Angriff gegen Europa zu Lande nur geringen Widerstand fände.

Zwei lebenswichtige Tatsachen müssen deshalb festgehalten werden: erstens wächst die

Luftmacht der Vereinigten Staaten

mit ungeheurer Schnelligkeit. Dazu kommt, daß dieses Wachstum nicht auf Kosten der Bereitschaft auf der Erde vor sich geht. Die bereits bestehenden, zum Kampf bereiten Einheiten sollen so wie sie heute sind beibehalten und nicht als Kader Verwendung finden für größere Kampfverbände der Zukunft. Zweitens sollen neue Luftbasen in Europa, Afrika und im Mittleren Osten angelegt werden, wenn die diesbezüglichen Verhandlungen einmal abgeschlossen sind. Dadurch wird die Sowjetunion mit einem Ring von Luftstützpunkten umgeben, von denen aus die furchterregende Luftmacht der Vereinigten Staaten mit ihren Atombomben zur Wirkung kommen könnte. Man erwartet, daß in der unmittelbaren Zukunft diese Tatsachen dem Westen die benötigte Zeit verschaffen werden, um seine Verteidigung besser auszubauen. Und schließlich bleibt noch die Hoffnung, daß seine zunehmende Stärke dem Westen die Möglichkeit bieten wird, die Weltprobleme auf vernünftige und friedliche Weise zu lösen.

Obwohl die amerikanischen Fabriken nun ganz auf die Herstellung von Kriegsmaterial eingestellt sind und die Amerikaner wieder ihre Uniformen anziehen müssen, besteht immer noch die Hoffnung — und sie ist sehr stark —, daß ein globaler Krieg vermieden werden kann. Man kennt in Washington die Befürchtungen der europäischen Völker, daß die Vereinigten Staaten die Welt den Weg zum Krieg hin führen könnten. Tatsächlich aber glauben die amerikanischen Führer ganz einfach, daß der Krieg nur durch gewaltige Anstrengungen und daraus resultierende Stärke vermieden werden kann.

Die geheimnisvolle Zukunft mit der Sonde erforschen zu wollen, ist ein gefährliches Spiel; und doch erblickt man gewisse Wegweiser, die auf mögliche Entwicklungen hindeuten. Es lohnt sich, diesen ein wenig nachzugehen:

1. Die Welt muß als Ganzes betrachtet werden. Deshalb darf Korea nicht außer acht gelassen werden bei der Besprechung der europäischen Verteidigung. Heute wünschen die meisten hohen Regierungsbeamten in Washington eine Lösung vom Fernen Osten, die aber keinesfalls der Ehre abträglich sein darf. Der Grundsatz, daß jede Aggression bestraft werden muß, soll hochgehalten werden. Aber es ist doch bemerkenswert, daß nicht einmal der Krieg in Korea, der die Amerikaner so viele Opfer an Menschenleben und Sachwerten gekostet hat, die Auffassung der Regierungskreise zu ändern vermochte, daß nämlich das Hauptgewicht nach wie vor auf dem Ausbau der Verteidigung Europas liegen muß.

2. Wie Ihr Korrespondent schon vor vielen Wochen berichtete, ist die Außenpolitik wieder zu einem maßgebenden Faktor geworden in der

amerikanischen Innenpolitik.

Das ist durch die «Große Debatte» noch unterstrichen worden. Angenommen, ein Weltkrieg lasse sich vermeiden, dann wird das Jahr 1952, in welchem der neue Präsident gewählt wird, eine bedeutungsvolle Zeit der Prüfung für die amerikanische Außenpolitik werden. Es scheint sicher zu sein, daß innerhalb der republikanischen Partei ein Kampf um die Führung entbrennen wird, wobei der wiedererwachende Isolationismus mit dem Internationalismus um die Macht ringt. Gegenwärtig ist Senator Taft, dessen Begeisterung für die jetzige Verteidigungspolitik ziemlich gering ist, der führende Kandidat der Republikaner für die Präsidentschaft. Aber die kraftvolle Opposition des Gouverneurs Dewey und anderer Republikaner, die dem Internationalismus zuneigen, hat gute Aussichten, Tafts Drohung wirkungslos zu machen.

3. Schließlich soll noch bemerkt werden, daß in den kommenden Monaten das amerikanische Volk wie nie zuvor auf Europa achten wird. Man hat hier das Gefühl, daß auf beiden Seiten große Anstrengungen nötig sind, damit die Partnerschaft richtig funktionieren kann. Sollte einer der Partner unsicher werden und zögern, so könnte das ganze Gebäude einstürzen. Kann aber, wie im zweiten Weltkrieg, ein wahrer Bund der demokratischen Welt gebildet werden, dann dürfen wir alle nach Aufhellungen am schwarzen Himmel Ausschau halten.

Richard J. Davis

Brief aus Albanien

Eine strategisch interessante Küste, Erze, Asbest und vor allem Erdöl machen Albanien heute zu einem begehrten Objekt der Mittelmeerpolitik. Dieses bis 1912 türkische und daher in der Entwicklung um hundert Jahre zurückgebliebene Gebirgsland mit etwa 1,2 Mill. Einwohnern wäre weiter keiner Erwähnung wert, wäre nicht das sowjetische Interesse an Albanien seit der Installierung des kommunistischen Regimes Enver Hoxhas so groß und könnte man dessen sicher sein, daß dieses Land nicht eines Tages für den Ostblock ein wichtiges Sprungbrett nach Italien darstellen würde. Es ist gewiß nicht leicht, heute einen Staat hinter dem «Eisernen Vorhang zu besuchen; — immerhin gibt es noch eine Prager, Budapester und Plovdiver Messe, zu denen Visa ausgestellt werden. Aber für Albanien gilt dies nicht und es gibt auch so gut wie keine anderen — etwa familiären — Gründe, wenn man schon von den großen verkehrstechnischen Schwierigkeiten absieht. Denn seit dem Ausbruch des Konfliktes zwischen Tito und der Kominform sind auch die wenigen Schiffahrts- und Flugverbindungen auf das äußerste Maß reduziert worden. Abgesehen von den sowjetischen Schiffen, die aus dem Schwarzen Meer kommend immer noch regelmäßig Durazzo und Valona anlaufen, besteht nur die Luftbrücke, die Albanien über Budapest mit Prag und den anderen Hauptstädten der Volksdemokratien verbindet. Denn Bahnen, die nach Jugoslawien oder Griechenland führen würden, gibt es bis heute nicht — und selbst wenn es sie gäbe, wären sie jetzt, bei der immer noch großen Spannung zu den beiden angrenzenden Staaten, völlig wertlos.

Wenn trotzdem dann und wann Nachrichten aus Albanien kommen, so stammen sie meist von zurückgebliebenen deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen, die doch manchmal Gelegenheit finden, eine ausführliche und ungeschminkte Schilderung der wahren Situation in einem Brief ins Ausland gelangen zu lassen, — natürlich nicht mit gewöhnlicher Post, sondern auf Wegen, die man im Interesse weiterer Informationen lieber unerwähnt lassen soll. Obwohl es diesen Kriegs-

gefangenen heute infolge ihrer fachlichen Fähigkeiten relativ gut und jedenfalls besser als manchen Albanern geht, ist es verständlich, wenn sie mit Sehnsucht den Tag erwarten, an dem ihre Verpflichtung ein Ende nimmt.

Das schlimmste nämlich, das auch von den wenigen Albanienreisenden bestätigt wird, ist das zu größter Vollendung ausgebauten System der Bespitzelung, das wahrscheinlich sogar die sowjetischen Rekorde schlägt. Abgesehen von der sehr zahlreichen Polizei stehen noch viele andere Personen im Dienste des Regimes. So z. B. die Gastwirte, die insgeheim die Aktentaschen ihrer Gäste visitieren, die Kellner, die Gespräche zu belauschen haben, die Straßenhändler, und wer sich sonst noch mit der Sigurmitsa auf guten Fuß stellen möchte.

Albaniens kommunistische Führergarnitur

Der Chef dieses vollendeten Beschattungsapparates ist der starke Mann Albaniens, Generaloberst *Mehmed Shehu*. Als Enver Hoxha im Herbst 1944 mit Titos Hilfe seine Regierung in Tirana installierte, war Shehu nur Verkehrsminister, — aber seither avancierte er zum stellvertretenden Ministerpräsidenten, Innenminister und Generalstabschef. Wie alle führenden Persönlichkeiten des kommunistischen Regimes stammt auch Shehu aus Südalbanien, wo er während des Weltkrieges als Partisan gegen die Deutschen und Italiener kämpfte. Erst als sein Vorgänger Kozi Dsodse, der es mit Tito gehalten hatte, gestürzt und abgeurteilt worden war, erinnerte man sich in Moskau der Dienste Shehus, der sogar im spanischen Bürgerkrieg ein rotes Bataillon geführt und nachher die Woroschilow-Kriegsakademie in Moskau besucht hatte.

Einen wichtigen Posten, den des stellvertretenden Sekretärs der albanischen Werktagenpartei (KP), bekleidet *Tuk Jakowa*, der mit seinen 33 Jahren wohl der jüngste Funktionär des Hoxha-Regimes ist. Er ist übrigens zugleich Mitglied der Regierung. Erwähnt werden muß auch *Michal Prifti*, der das Amt des stellvertretenden Außenministers inne hat und der ebenfalls als Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei eine maßgebende Rolle spielt. Nominell leitet das Außenministerium und die Partei zwar Hoxha selbst, doch kann sich dieser all' seinen vielen Aufgaben nicht widmen. An der Spitze der Volksrepublik steht — wie in allen kommunistischen Staaten — das Präsidium der Nationalversammlung, dessen Oberhaupt der Arzt Dr. *Omer Nishani* ist. Er ist noch die sympathischste Persönlichkeit der albanischen Führergarnitur, hat aber keinen Einfluß. Mit seiner Frau, einer österreichischen Adligen, wohnt er heute im neuen Palast des emigrierten Exkönigs Ahmed Zogu und ist froh, daß man ihn weiter in Ruhe läßt.

Es ist sehr fraglich, ob sich ein politisch so isoliertes Regime all' die Jahre hindurch hätte halten können, zumal ja auch im Innern des Landes die Opposition keineswegs zum Schweigen gebracht wurde. Das Rückgrat Enver Hoxhas aber ist die starke sowjetische Militärmmission, die in der Hauptstadt immer neue Gebäude für ihre verschiedenen Dienste belegt und die zusammen mit dem *russischen Botschafter Dimitri Stepanovič* den Kurs Albaniens bestimmt. Besonderen Wert legt man auf die weltanschauliche und militärische Schulung der Offiziere, die von sowjetischen Instruktoren besorgt wird. Die in der Straße von Otranto gelegene Insel Saseno, ein wichtiger Stützpunkt, ist überhaupt den Russen überantwortet worden; nicht einmal die Albaner dürfen sie ohne besonderen Ausweis betreten.

Die Sowjetunion zahlt das Defizit

Als die Sowjetunion mit Tito brach, entstand für Albanien eine sehr ernste Situation. Denn der 1947 im Verein mit Jugoslawien erlassene Fünfjahresplan basierte auf einer engen Zusammenarbeit mit dem Nachbarn, der plötzlich nichts

mehr lieferte, weil ja auch die anderen Oststaaten ihre mit Tito getroffenen Vereinbarungen nicht mehr einhielten. So kam es dann zum Zusammenbruch des albanischen Fünfjahresplanes, aber Albanien hat dabei trotzdem nicht schlecht abgeschnitten, zumal es Jugoslawien bis heute 2,5 Milliarden Dinar allein an Krediten schuldig bleiben konnte. Das Land wäre verhungert, wenn nicht Rußland Hoxha das nötige Getreide geliefert, die albanischen Exportgüter (Erdölerzeugung 1950: 300 000 t) zu hohen Preisen abgenommen und einen Kredit zur Deckung des immensen Defizits zur Verfügung gestellt hätte.

Allerdings macht sich im Zusammenhang mit diesen Exporten, die fast ausschließlich nach der Sowjetunion gehen, im Lande selbst ein fühlbarer Mangel an gewissen Gütern bemerkbar. So gibt es wenig Zucker, Tabak und auch kein Petroleum für die Lampen, da die Ölquellen von Kutschowi unter russischer Kontrolle stehen. Ja selbst Salz, das früher reichlich exportiert wurde, ist nicht vorhanden und die Bauern backen ungesalzenes Brot.

Die erstaunlichsten Beobachtungen kann man indessen auf dem Gebiet der Volkskultur machen. Es war zweifellos das Verdienst der kommunistischen Diktatur, das weitverbreitete Analphabetentum durch Errichtung neuer Schulen stark zurückgedrängt zu haben. Was aber in diesen gelehrt wurde, kann aber höchstens auf primitive Menschen Eindruck machen. Als unser Gewährsmann ein etwas abgelegenes Dorf in der Präfektur Tirana besuchte, erzählte ihm ein weißhaariger Alter von seinen Fortschritten im ABC und pries Stalin als den Erfinder der Rechtschreibung! So hatte es der Lehrer gesagt. Nach jedem zweiten Satz schlug er ein Kreuz, — obwohl er Mitglied des lokalen Freidenkervereines war.

Natürlich gelten auch die Anstrengungen des Staatsverlages ausschließlich der ideologischen Erziehung und in den Auslagen der wenigen Buchläden findet man zwar Lenins Werke in 14 Bänden, Stalins «Probleme des Leninismus» (von denen man 25 000 Stück gedruckt hatte), Ilja Ehrenburg, Majakowski und auch ein paar albanische Autoren, die sich meist Marschall Tito als Zielscheibe ihrer Angriffe aus suchen, — aber keinerlei schöngestigte Literatur. Der «Bestseller» der heimischen Produktion soll im Vorjahr übrigens das vom Parteiverlag herausgegebene Pamphlet «Tito — Bluthund und Söldner der Weltreaktion» gewesen sein.

Starke Opposition — aber zersplittert

Trotz all' diesen Anstrengungen und der wirklich gründlichen Arbeit des sowjetischen NKWD-Zentrums unter Leitung des *russischen Generals Sokolow* steht aber Hoxhas Macht auf sehr schwachen Füßen. Besonders im Norden des Landes, wo die Katholiken wohnen und im äußersten Süden, wo die immer schon nach Griechenland tendierenden Orthodoxen ihre Heimstätten haben, macht sich eine starke Opposition bemerkbar. Sie wird von außen unterstützt, indem fremde Flugzeuge Aufrufe des Pariser albanischen Nationalkomitees oder sogar Diversanten abwerfen, die angeblich in Griechenland eigens für ihre Aufgabe geschult werden. Diese machen der Regierung viel zu schaffen; erst Ende des vorigen Jahres wurde von den antikommunistischen Partisanen der Präsident des Volksrates der Stadt Kalaß Dades ermordet und das Parteihaus in Brand gesetzt. Allerdings sind Hoxhas Gegner keineswegs einig. Schon die westliche Gruppe, die in Paris und Rom auf ihre Zeit wartet, gliedert sich in Monarchisten, demokratische Republikaner, Agrarier und den Nationalen Block, während in Belgrad Gani Bey Kryeziu als jetzt wieder rehabilitiertes Haupt der albanischen Minderheit im Amsfeld für Tito arbeitet. Die Griechen schließlich wollen sich für die Hilfeleistung Hoxhas an die EAM revanchieren und streben insgeheim den Anschluß Südalbaniens an Griechenland an. Hoxhas Gegnerschaft ist also zahlreich und gefährlich; — solange sich aber der Westen in der Defensive hält, hat er noch nichts zu befürchten.

Brief aus der Türkei

Es sind nun bald zehn Monate her, seit in der Türkei der Regimewechsel erfolgte, über den damals an dieser Stelle («Schweizer Monatshefte», Heft 4, Juli 1950) näher berichtet wurde. Die Tätigkeit, welche die neue Regierung in diesem Zeitraum entfaltete, hat gezeigt, daß in mancher Hinsicht die Veränderungen nicht so groß waren, wie viele angenommen hatten, während in anderer eine Politik betrieben wurde, die sich nicht ohne weiteres mit den Wahlversprechungen der Demokratischen Partei in Einklang bringen läßt.

Innenpolitisch

brachte der Kurswechsel zunächst erhebliche personelle Veränderungen mit sich, von denen nicht nur die politisch bedeutsamen Posten betroffen wurden, sondern auch solche, für die an sich lediglich die fachliche Qualifikation entscheidend sein sollte. Davon abgesehen, ist zu bemerken, daß auch die Zusammensetzung des Kabinetts mehrfache Teiländerungen erfuhr, die darin bestanden, daß die Demokraten nicht genügend darauf vorbereitet waren, mit einem Schlag aus einer Oppositions- zur alleinigen Regierungspartei zu werden. So fand im Laufe der letzten Monate ein (z. T. mehrfacher) Wechsel in der Leitung des Unterrichts-, des Gesundheits-, des Arbeits- und des Finanzministeriums statt, und es ist wahrscheinlich, daß nach Verabschiedung des zur Zeit der parlamentarischen Beratung unterliegenden Budgets ein umfangreicheres Revirement erfolgen wird, wobei freilich die Ministerpräsidenschaft in den Händen des gegenwärtigen Regierungschefs *Adnan Menderes* verbleiben dürfte.

Während der Regimewechsel selbst sich, wie seinerzeit berichtet, in impo-nierender Ruhe vollzog, haben sich in der Folgezeit gewisse Vorkommnisse ereignet, die weniger erfreulich waren. Vor allem richteten sich und richten sich noch immer persönlich-gehässige *Angriffe gegen die Person des früheren Staatspräsidenten Ismet Inönü*, die u. a. dazu führten, daß die dessen Kopf tragenden Briefmarken außer Kurs gesetzt und alle Bilder des doch um die Außenpolitik des Landes hochver-dienten Führers der nunmehrigen Oppositionspartei aus den Amtszimmern entfernt wurden. Es ist jedoch hinzuzufügen, daß nun nicht etwa das Bild des neuen Staats-präsidenten *Celal Bayars* an die Stelle desjenigen *Inönü* gesetzt wurde, vielmehr hat man sich damit begnügt, den Abbildungen *Kemal Atatürks*, des Begründers der Republik, wieder die *Vorzugsstellung einzuräumen*, die sie bis 1939 einnahmen.

Es wäre jedoch falsch, aus dieser Tatsache zu folgern, daß die Demokraten nun in stärkerem Maße als die letzten Regierungen eine kemalistische Politik ver-folgten. Im Gegenteil: es zeigt sich erstaunlicherweise, daß gewisse ausgesprochen *reaktionäre Tendenzen* seitens des Kabinetts *Menderes* geduldet, wenn nicht gefördert werden. Hatten die Regierungen der von *Atatürk* gegründeten Volkspartei streng am Grundsatz des Laizismus festgehalten, so begegnet man nunmehr *Versuchen, der islamischen Religion und ihren Vertretern wieder einen größeren Einfluß zu sichern*. Diese Versuche haben namentlich in den Kreisen der städtischen Intelligenz Widerspruch gefunden, zumal da sie sich vielfach auch in fremdenfeindlichen Ten-denzen äußern. Auf der andern Seite ist bislang nichts geschehen, was irgendwie als Einlösung des Wahlversprechens der Regierungspartei, gewisse «antidemo-kratische» Gesetze zu beseitigen, gelten könnte. In dem Bestreben, die Bildung einer «fünften Kolonne» schon im Keime zu ersticken, ist nicht nur die Wachsamkeit gegenüber allen irgendwie als kommunistenfreundlich anzusehenden Elementen ver-stärkt worden (in den letzten Wochen fanden namentlich in Ankara und Smyrna zahlreiche Haussuchungen statt, die z. T. zu Verhaftungen führten), sondern es wird gegenwärtig auch eine Änderung des Strafgesetzbuches geplant, deren dem gleichen

Ziele dienenden Motive an sich gewiß zu billigen sind, die aber in der vorliegenden weiten Fassung leicht zu einer bedauerlichen Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit führen könnte.

**In der
außenpolitischen Haltung des Landes**

ist, wie zu erwarten stand, keinerlei Neuorientierung erfolgt. Nach wie vor bleibt die Türkei überzeugte Anhängerin der von den Weststaaten, speziell den USA, verfolgten Linie. Hätte es noch eines Beweises dafür bedurft, daß es auch der neuen Regierung Ernst ist mit ihrer Entschlossenheit, zusammen mit den Vereinten Nationen allen Angriffsbestrebungen entgegenzutreten, so ist dieser aufs deutlichste durch die Tatsache erbracht worden, daß sich *die Türkei mit einer Streitkraft von 4500 Mann an dem internationalen, gegen den nordkoreanischen Angreifer gerichteten militärischen Unternehmen beteiligte*, ja durch ergänzende, im Januar beschlossene Maßnahmen dafür Sorge trug, daß Verluste der zum Einsatz gelangten Truppen mittels Entsendung zusätzlicher Kräfte ausgeglichen werden und dergestalt die türkische Truppeneinheit stets in ihrer ursprünglichen Stärke erhalten bleibt. Obwohl die Opposition anfänglich zwar nicht diese Maßnahme als solche, wohl aber die Tatsache kritisierte, daß sie von der Regierung ohne vorherige Befragung der Volksvertretung ergriffen wurde, hat sie sich inzwischen damit abgefunden. Das dürfte seinen Hauptgrund darin haben, daß die türkischen Truppen sich in den Kämpfen auf Korea in einer Weise bewährt haben, welche die Bewunderung der ganzen Welt erregte und ihnen namentlich seitens der amerikanischen Führung rückhaltlose Anerkennung eintrug. In der Tat ist es der relativ kleinen Streitmacht gelungen, den traditionellen Angriffsgeist der türkischen Soldaten erneut unter Beweis zu stellen und den Kräften der Vereinten Nationen in verzweifelten Situationen wertvollste Hilfe zu leisten. Die amerikanische Regierung kann nunmehr darauf hinweisen, daß die seit Jahren der Türkei gewährte militärische Unterstützung ihre Früchte getragen hat, und es scheint, daß auf mehreren Konferenzen, die im Januar und Februar in Ankara zwischen türkischen und amerikanischen Staatsmännern und Militärs stattfanden, die Grundlagen für eine noch engere Zusammenarbeit in der Zukunft gelegt worden sind.

Die allgemeine Finanzlage des Landes ist recht angespannt.

Das erklärt sich z. T. daraus, daß die Türkei die 1939 angeordneten umfangreichen *Mobilisierungsmaßnahmen seither nahezu unverändert aufrecht erhalten* hat, mit der Folge, daß die gesamten Militärausgaben (einschließlich Gendarmerie) in den letzten Jahren rund 40 % der gesamten Staatsausgaben betrugen. Dazu treten dringliche Investitionen, der Ausbau des Unterrichtswesens, der Sozialverwaltung usw. So weist das Gesamtbudget wie 1950, so auch 1951 (Voranschlag) einen nicht unerheblichen Fehlbetrag auf. Nun tritt allerdings jetzt die vor anderthalb Jahren beschlossene große *Steuerreform* in Kraft, die u. a. ein modernes Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz enthält. Aber einmal wird es, namentlich in den ersten Jahren, schwer sein, die bisher statt nach dem wirklichen Reingewinn nach einer fiktiven Miete besteuerten Kaufleute, Angehörigen der freien Berufe usw. daran zu gewöhnen, wahrheitsgetreue Deklarationen abzugeben und demgemäß ihrer wirklichen Leistungsfähigkeit entsprechende Steuern zu zahlen, und zum andern enthält auch das Reformwerk noch gewisse, fiskalisch und sozial bedenkliche «loop-holes». Unter diesen verdient die absolute Steuerbefreiung sämtlicher landwirtschaftlicher Einkünfte besondere Beachtung, denn wenn auch zugegebenermaßen die große Mehrzahl der türkischen Bauern außerstande ist, Bücher zu führen, und überdies nur ein mehr oder weniger dem steuerfreien Existenzminimum entsprechendes Einkommen bezieht, so läßt sich doch die Exemption der (gerade gegenwärtig stark steigenden)

Gewinne aus Baumwoll-, Nuß- usw. Kulturen in keiner Weise rechtfertigen. Wie dem aber auch immer sei, — jedenfalls ist die Regierung aus Angst vor einem zu großen Budgetdefizit in ihrem Voranschlag davon ausgegangen, daß die große Masse der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die schon bisher die Hauptlast (zwei Drittel!) der direkten Steuern trugen, noch für ein weiteres Jahr die alten Steuern zahlen soll. Die nahezu allgemeine Empörung, die dieser Vorschlag auslöste, hat die Regierung jedoch bewogen, auf ihrem Standpunkte nicht zu bestehen, sondern die Entscheidung dem Parlament zu überlassen. Obwohl in diesem an sich keine starke Neigung zu sozialen Reformmaßnahmen besteht, dürfte sich angesichts der Reaktion speziell in den Kreisen der Beamtenschaft schließlich eine Mehrheit dafür finden, daß das Einkommensteuergesetz auf alle Arten von Steuerpflichtigen und Einkünften gleichmäßig Anwendung findet. Sofern man nicht zur Erhebung neuer anderer Steuern schreitet, wird das allerdings die Konsequenz haben, daß sich das vorgesehene Defizit noch vergrößert, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße, wie das die viel zu pessimistischen Schätzungen des Finanzministeriums über die Erträge der neuen Steuern annehmen. Prekar wird die Lage allerdings werden, wenn neue Militärausgaben nötig werden sollten; in der Tat verlautet, daß der Volksvertretung schon in Bälde Nachtragskredite für die nationale Verteidigung in Höhe von 150 Mill. Tpfd. vorgelegt werden würden.

Die allgemeine Wirtschaftslage

ist eher günstig zu nennen. Industrielle und namentlich landwirtschaftliche Produktion weisen eine Steigerungstendenz auf, und z. T. infolgedessen hat sich auch die *Außenhandelslage* im letzten Jahre erheblich verbessert. Bei gegenüber dem Vorjahr stark gestiegenen Exporten und leicht gesunkenen Importen hat sich der Einfuhrüberschuß 1950 auf 62 (1949 118) Mill. Tpfd. verringert. Bemerkenswert ist, daß Mitteleuropa, speziell Deutschland, mehr und mehr ihre alte Bedeutung für den türkischen Außenhandel zurückgewinnen. So ging 1950 etwa die Hälfte des türkischen Baumwollexports nach Deutschland, und in einem vergangenen Monat abgeschlossenen Abkommen verpflichtete sich dieses Land, in den nächsten drei Jahren insgesamt mindestens 35 000 To. türkischen Tabaks aufzunehmen. Als Gegenwert bezieht die Türkei namentlich deutsche Maschinen und Textilwaren.

Zwar ist auch die türkische Wirtschaft nicht unberührt von den internationalen *Preishaussetzen* geblieben, doch hielten sich die bisherigen Preissteigerungen, von gewissen Ausnahmen abgesehen, in relativ bescheidenen Grenzen, speziell auch im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten. Zu den Ausnahmen, auf die soeben angespielt wurde, gehört in erster Linie die *Baumwolle*, deren Preis sich im Laufe der letzten drei Monate mehr als verdoppelte. Das hat, da etwa zwei Drittel der auf rund 120 000 To. zu schätzenden Ernte ausgeführt werden, die angenehme Folge, daß der türkischen Wirtschaft größere Devisenbeträge zufließen, aber auch den Nachteil, daß der heimischen Baumwollindustrie ihr Rohmaterial verteuert wird, sofern nicht gar, wie von mancher Seite befürchtet wird, die für den heimischen Verbrauch verfügbar bleibenden Baumwollmengen hinter den Bedürfnissen zurückbleiben und zur Produktionseinschränkung nötigen.

Abschließend sei gesagt, daß das Land zwar auf politischem wie auf finanziell-wirtschaftlichem Gebiete einer Reihe von schwierigen Aufgaben gegenübergestellt ist, im ganzen jedoch sich in einer langsam, aber stetigen Aufwärtsentwicklung befindet.

Militärische Umschau

Drohender Aderlaß bei der Fliegerabwehrtruppe

Bei der Behandlung im Ständerat hat die *neue Truppenordnung* keine großen Wellen geworfen¹⁾. Mit nur unbedeutenden Abänderungen wurde der Entwurf des Bundesrates angenommen und dem Postulat von Ständerat Haefelin zugestimmt: «Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob nicht die Zahl der Tambouren wie folgt festzusetzen sei: a) beim Regimentsspiel auf acht Mann; b) bei den selbständigen Bataillonen auf vier Mann». Ist es nicht seltsam, daß der Ständerat keine ernsteren Probleme zur Sprache brachte und über die schon letztes Jahr gegenüber der neuen Truppenordnung vielfach geäußerte Kritik hinwegging, ja selbst über die von ernster Besorgnis getragene Eingabe der Offiziere der Fliegerabwehrtruppen?²⁾ In der Folge mußte sich der Ständerat denn auch sagen lassen, «daß es nämlich nicht genügt, nur die Anzahl der Tambouren und Trompeter den möglichen neuen Kriegsverhältnissen anzupassen». Es entbehrt nicht einer leichten Ironie, daß diese Kritik ausgerechnet in einer Zeitung der so trommel-freudigen Stadt Basel erschien³⁾.

Der Entwurf zur neuen Truppenordnung sieht eine Schwächung der Fliegerabwehrtruppe um einen Drittels ihres heutigen Personalbestandes vor, «d. h. der Anteil der Flab am Bestand der ganzen Armee würde noch ca. 5 statt wie bisher 7 % ausmachen (Schweden z. B. 8 %), wobei nach der neuen Truppenordnung alle kom-battanten Truppen der Divisionen und Brigaden grundsätzlich aus dem Auszug bestehen, während die Flab-Einheiten aus 64 % Auszug und 36 % Landwehr zusammen-gesetzt werden sollen»⁴⁾. Anderseits sieht der Entwurf des Bundesrates vor, «eine vollständig neue Truppengattung, diejenige der Luftschatztruppen, aufzustellen, deren Einführung wegen der damit verbundenen Materialbeschaffungen allein einen Aufwand von 30 Millionen Franken bedingt»⁵⁾. Das Memorial der Avia-Flab und verschiedene Presseartikel weisen auf den Widerspruch hin, zwischen diesem Abbau der Fliegerabwehrtruppe und der von höchster Stelle wiederholt betonten Not-wendigkeit einer Verstärkung unserer Fliegerabwehr, für die nun ja auch im Rüstungsprogramm des Bundesrates eine Kreditsumme von 159 Millionen Franken aus-gesetzt ist⁶⁾. Von amtlicher Seite wird zwar betont, die Verstärkung der Flieger-abwehr sei nicht eine Frage der Mannschaftsbestände, sondern der Bewaffnung und Ausrüstung⁷⁾. «Die vorhandenen Waffen müssen auch in Zukunft voll ausgenützt werden»⁸⁾.

Die Kritik betont in erster Linie den Gesichtspunkt der *Bereitschaft*.

«Die Fliegerabwehrartillerie muß im Kriege und im Zustand der bewaffneten Neutralität immer, sofern die meteorologischen Bedingungen das Fliegen und das Schießen erlauben, in voller Kampfbereitschaft stehen, wenn sie überhaupt ihre Aufgabe erfüllen soll. Das bedeutet, daß alle Posten in einer Batterie, die beim Schießen besetzt sein müssen, tatsächlich so besetzt sind, daß der Mann in Sekunden seine Arbeit aufnehmen kann»⁹⁾.

¹⁾ Botschaft vom 10. Oktober 1950, BBl. 1950 III 112.

²⁾ Memorial der Avia-Flab vom 8. November 1950 an die Mitglieder der Militärgesellschaften des Ständerates und des Nationalrates.

³⁾ Basler Nachrichten, 9. Januar 1951.

⁴⁾ Neue Glarner Zeitung, 13. Januar 1951.

⁵⁾ National-Zeitung, 16. Januar 1951.

⁶⁾ NZZ. Nr. 307, 1951.

⁷⁾ Oberst Ernst, Gst.Abt., NZZ Nr. 2702, 1950.

⁸⁾ Siehe Quellenangabe Fußnote 1.

⁹⁾ Major Urs Schwarz, Flabtruppe, NZZ. Nr. 112, 1951.

«Vom Moment der Sichtung feindlicher Flugzeuge bis zur Feuereröffnung stehen der schweren Flab im günstigsten Falle etwa 40 Sekunden zur Verfügung. — Um ihren Auftrag erfüllen zu können, muß eine Batterie unbedingt zwei voll einsatzbereite Bedienungen zugeteilt haben. Wenn sie nicht mehr über diese beiden Einsatzequipeen verfügen kann, muß sie den Bereitschaftsgrad zwangsläufig abbauen oder sie kann ihn nur noch während einer beschränkten Zeitdauer aufrecht erhalten. Die Fliegerabwehr könnte dann aber gerade in den gefährlichsten Fällen von überraschenden Fliegerangriffen ihre Abwehraufgabe nicht mehr erfüllen»¹⁰⁾.

«Eine Flab, die nur schießen kann, wenn sie gelegentlich oder ausnahmsweise einmal bereit ist, muß als sinnlos bezeichnet werden. Um aber die erforderliche Bereitschaft zu ermöglichen, bedarf es der Mannschaftsablösungen wie bei angestrengtem Wachdienst. — Wer diese wichtigen Gesichtspunkte glaubt vernachlässigen zu können, befindet sich in einem schweren Irrtum, der sich bitter rächen müßte»¹¹⁾.

Die auch bei einem Neutralitätsdienst wie 1939/1945 notwendige durchgehende 24stündige Bereitschaft zwingt somit dazu, mindestens zwei Equipeen zur Verfügung zu haben. Die Kriegserfahrungen bewiesen zur Genüge, daß beispielsweise eine Aufstellung von ca. 1 1/2 Equipeen, wie in Finnland, auf die Dauer nicht genügte. Heute sind aber die Aufgaben der Flab, infolge erhöhter Flugzeuggeschwindigkeiten, noch wesentlich erschwert und vermehrt worden.

Auffallend ist sodann die Tatsache, daß die Flab der Infanterie anders behandelt wird als die Flab-Truppe. Die leichte Flab-Batterie mit zwölf Geschützen 20 mm soll noch einen Bestand von 106 Mann aufweisen, wogegen die Flab-Kp. der Infanterie mit der gleichen Geschützzahl 144 Mann erhalten soll¹²⁾.

Man befürchtet, die Mannschaftsreduktion werde schwere Nachteile für die Ausbildung der Flab-Truppe zur Folge haben, «weil bei der vorgesehenen Zusammensetzung aus Auszug und Landwehr noch WK-Bestände von zirka 30-40 Mann resultieren würden, ein Bestand, mit dem sicher keine Einheit und vor allem nicht eine Einheit mit sehr viel Spezialisten kriegstüchtig ausgebildet werden kann»¹³⁾.

«Schon bei den gegenwärtigen kleinen Wiederholungskursbeständen ist eine ersprießliche Ausbildung in Frage gestellt und unter Umständen nur durchführbar bei Zusammenlegung von Einheiten. Wenn aber in Zukunft durch Herabsetzung der Sollbestände die WK-Bestände noch kleiner werden, dann ist eine seriöse kriegsgenügende Ausbildung bei der Fliegerabwehrtruppe völlig ausgeschlossen, und sowohl Kader als Mannschaften bekommen in den Wiederholungskursen absolut wirklichkeitsfremde Verhältnisse zu Gesicht»¹⁴⁾.

Gerechterweise muß gesagt werden, daß diese Ausbildungsschwierigkeiten durch den vorgesehenen Aderlaß von 7000 Mann bei der Fliegerabwehrtruppe nicht verursacht, sondern lediglich verschärft werden. Die Ursache liegt im Aufbau einer kombattanten und größtenteils mobilen Truppengattung aus Auszug und Landwehr, also aus insgesamt 28 Jahrgängen. In erster Linie sollte diese Anomalie beseitigt und die Fliegerabwehrtruppe unter Beachtung der Heeresklassen aufgebaut werden, sei es als reine Auszugstruppe, sei es unter scharfer Trennung zwischen Einheiten des Auszuges und solchen der Landwehr.

Nicht nur der Aderlaß bei der Flab-Truppe, sondern auch die Bildung einer *Luftschutztruppe* aus Dienstpflchtigen des Auszuges und der Landwehr ist der Kritik unterworfen.

¹⁰⁾ Basler Nachrichten, 9. Januar 1951.

¹¹⁾ Oberst Brändli, Flugwehr und -Technik», August 1950.

¹²⁾ Neue Glarner Zeitung, 13. Januar 1951.

¹³⁾ Neue Glarner Zeitung, 13. Januar 1951.

¹⁴⁾ National-Zeitung, 16. Januar 1951.

«Ganz unbegreiflich ist es, wenn trotz einer scharfen Bestandeskrisis aus kombattanten Truppen Tausende von ausgebildeten Kadern und Soldaten im Alter von weniger als 30 Jahren zu einer nichtkombattanten „Aufräumtruppe“ (der Ausdruck stammt vom langjährigen Chef der Abteilung für Luftschutz, Professor von Waldkirch) versetzt werden sollen. — Wir erkennen keineswegs die Notwendigkeit einer Verbesserung unserer Luftschutzmaßnahmen. Wir sehen aber den Hauptakzent dieser Maßnahmen in der Übereinstimmung mit den eindeutigen Erfahrungen des Luftkrieges, in der Bereitstellung einer genügenden Zahl von Schutzräumen und im personellen und materiellen Ausbau der örtlichen Luftschutzorganisationen»¹⁵⁾.

«Die Existenz einer gut organisierten, straff geführten Schutztruppe aber wird dem Volk in Friedenszeiten — an eindrucksvollen Vorführungen von großen Maschinen und Feuerspritzen wird es nicht fehlen — den falschen Eindruck vermitteln, es sei für alles gesorgt. In Wirklichkeit aber ist die Bevölkerung weitgehend schutzlos, solange nicht ein aus Ortsansässigen gebildeter Luftschutz mit einem sehr umfangreichen Sanitätsdienst, mit Hausfeuerwehren und Hilfsfeuerwehren, und solange nicht sehr viele Schutzräume zur Verfügung stehen. Das Vorhandensein von Luftschutzpionieren der Armee aber wird Sorglosigkeit erzeugen und verhindern, daß wirkliche wirksame Maßnahmen getroffen werden»¹⁶⁾.

Die Folge der Schaffung einer Luftschutztruppe der Armee wird sein,

«daß für die dringendsten Erfordernisse eines wirksamen Luftschutzes, den Bau von Schutzräumen und die gründliche Organisation des Selbstschutzes der Bevölkerung, dann weder Interesse noch Personal noch Geld übrig sein wird»¹⁷⁾.

Solange der Luftschutz eine zivile Selbsthilfeorganisation ist, ist es möglich, außerhalb der Armee das nötige Personal zu finden. Wenn sich in Kopenhagen bereits 12 000 Freiwillige für diesen Zweck gemeldet haben, sodaß der Sollbestand der zivilen Luftverteidigungsorganisation der dänischen Hauptstadt erreicht ist, wäre es auch in der Schweiz, trotz unserer viel weitergehenden Rekrutierungsmaßnahmen, möglich, die nötigen Freiwilligen aufzubringen¹⁸⁾. Es ist aber beinahe ausgeschlossen, neben einer militärischen Luftschutztruppe eine auch noch so bescheidene zivile Schutzorganisation aufzubauen. Während des letzten Aktivdienstes hat unsere zivile Luftschutzorganisation eine gewaltige Arbeit geleistet, wobei bei Industrieanlagen das psychologische Moment des Schutzes der *eigenen Arbeitsstätte* eine bedeutsame Rolle spielte. Ist dies alles schon vergessen?

Auf der anderen Seite wird einer neuen Luftschutztruppe das Odium der bisherigen Luftschutzorganisation als einer zivilen Schutztruppe anhaften, sodaß die Versetzung aus der Fliegerabwehrtruppe oder aus anderen Truppengattungen in die neue Luftschutztruppe von den vielen Tausend Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten als Minderung und Kränkung empfunden werden wird. Man erinnert sich, welche bitteren Gefühle gewisse Versetzungen zum HD im letzten Aktivdienst hervorgerufen haben; es ist zu befürchten, daß die vorgesehenen Versetzungen zur neuen Luftschutztruppe noch viel größere Mißstimmung hervorrufen würden, weil deren militärische Notwendigkeit schwerlich einzusehen ist. Soweit Flabmannschaften zur neuen Luftschutztruppe versetzt würden, müssen wir berücksichtigen, daß es sich dabei um hochqualifiziertes Fachpersonal handelt, bei dem große militärische und finanzielle Werte investiert sind.

¹⁵⁾ Fritz Stalder, «Bund», Nr. 30, 1951.

¹⁶⁾ NZZ. Nr. 2552, 1950.

¹⁷⁾ NZZ. Nr. 112, 1951.

¹⁸⁾ Vergl. NZZ. Nr. 210, 1951.

In der Märzsession wird sich der Nationalrat mit der neuen Truppenordnung befassen. Seine Militärgesellschaft hat am 23./24. Januar 1951 folgendem Postulat zugestimmt:

«Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage der Fliegerabwehr erneut zu prüfen im Hinblick auf die Notwendigkeit der Erhaltung einer starken und kampftüchtigen Fliegerabwehrtruppe. Ist der Bundesrat bereit, insbesondere vorzusehen, 1. die Einheitlichkeit in der technischen Ausbildung der gesamten Fliegerabwehr der Armee; 2. die Erhöhung der Bestände der Fliegerabwehrtruppe im Rahmen der Möglichkeiten der Rekrutierung; 3. die Verstärkung und Erneuerung unserer gegenwärtigen Bewaffnung».

Im Hinblick auf die heftige Kritik und auf das Postulat der nationalräumlichen Militärgesellschaft ist es zweckmäßig, die Probleme der Fliegerabwehr- und der Luftschutztruppen aus dem Rahmen der Truppenordnung 1951 herauszulösen und den Entscheid nach erneuter Prüfung der Verhältnisse und Bedürfnisse in einem späteren Zeitpunkt zu treffen. Ein analoges Verfahren ist bereits bei der Truppenordnung 1947 für die Leichten Truppen angewendet worden, deren Neuorganisation erst 1948 erfolgte. Heute ließe sich eine *Teil-Verschiebung* noch wesentlich leichter durchführen wie 1947, da sich der Rahmenbeschuß der Bundesversammlung über die Truppenordnung 1951 nur auf die grundsätzlichen Fragen beschränken wird, während alle Einzelheiten den Ausführungsbestimmungen des Bundesrates überlassen bleiben. Es ist selbstverständlich dringend wünschbar, daß die eidgenössischen Räte die Truppenordnung als Ganzes verabschieden, trotzdem aber eine Teilverschiebung für Flab und Luftschutz im Rahmen der bundesräumlichen Ausführungsbestimmungen beschließen. Hoffen wir, daß dann eine Lösung gefunden wird, welche die Bereitschaft unserer Fliegerabwehrtruppe nicht in Frage stellt und nicht böses Blut schaffen würde.

Miles